

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Günter Rexrodt, Jürgen Koppelin, Otto Fricke, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Harald Leibrecht, Markus Löning, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Gisela Piltz, Marita Sehn, Dr. Rainer Stinner, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2003
– Drucksachen 15/150 Anlage, 15/402, 15/559, 15/572, 15/573 (neu), 15/574 –**

**hier: Einzelplan 09
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 09 21 – Ehemaliges Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung – ist bei Titel 542 01 – Öffentlichkeitsarbeit – der Ansatz von 13 000 T Euro um 3 000 T Euro auf 10 000 T Euro abzusenken.

Berlin, den 18. März 2003

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Begründung

Der Vergleich für Aufwendungen der Öffentlichkeitsarbeit in den Einzelplänen der Bundesministerien zeigt erhebliche Unterschiede. Den mit Abstand größten Posten nimmt hier das ehemalige BMA in Anspruch. Die Aufwendungen für Kampagnen und Imagepflege sind enorm. Es ist nicht zu rechtfertigen, dass dieser unverhältnismäßige Werbeaktionismus auf Kosten der Steuerzahler auch in Zukunft weitergeführt wird, zumal es in der Vergangenheit mehrere Beispiele von Fehlsteuerung und Verschwendung gegeben hat. Im Mittelpunkt der arbeitsmarktpolitisch orientierten Abteilung des BMWA sollte in Zukunft die inhaltliche Reform der Arbeitsmarktpolitik und nicht die Selbstdarstellung stehen.

